



Open Berlin

Vier Maßnahmen für eine offene und transparente Stadt - eine Initiative des Forums Netzpolitik der SPD Berlin

*Berlin hat das Potential ein Vorreiter in der demokratischen Ausgestaltung der Digitalisierung zu werden. Mit den vielen Start-Ups, der starken Zivilgesellschaft und den Freiheitsversprechen der Stadt hat Berlin die Chance, die Digitalisierung transparent und fair zu prägen. Doch aktuell stellt man fest, dass die Stadt bei der Erfüllung der digitalen staatlichen Aufgaben hinterherhinkt. Wir wollen daher Berlin mit diesen vier Vorschlägen als offene Plattform für alle Bürger*innen weiterentwickeln. / Stand: 30. Januar 2018*

Transparenzgesetz und Open Data

Berlin braucht ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild. Der Staat soll seinen Bürger*innen die Behördendaten proaktiv und zeitnah zur Verfügung stellen, soweit der Schutz personenbezogener Daten oder andere Rechte nicht entgegenstehen. Ein möglichst umfassender, unentgeltlicher und barrierefreier Zugang zu Informationen erhöht die Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe. Die bessere Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns führt zudem zu besserer öffentlicher Kontrolle des Staates, zur

Korruptionsbekämpfung und damit insgesamt zu mehr Glaubwürdigkeit. Journalist*innen, Wissenschaftler*innen, Hobbyarchäolog*innen, Start-Up-Gründer*innen und andere interessierte Bürger*innen sollen nicht länger kostenpflichtige und langwierige Auskunftsanträge stellen müssen. Der unbürokratische Informationsaustausch zwischen verschiedenen Verwaltungen, sowie die Beteiligungsmöglichkeit für Bürger senken langfristig Verwaltungskosten und schaffen Bürgernähe. Dafür bedarf es neben einem Kulturwandel in den Verwaltungen auch technischen Vorkehrungen, insbesondere der Implementierung eines nutzerfreundlichen Dokumenten-Management-Systems. Informationszugang darf nicht die Ausnahme bleiben, sondern wird zur Regel. Die Veröffentlichung von Gutachten, Projektberichten, Bauvorhaben oder Terminen zur Bürgerbeteiligung auf einem leicht zugänglichen Portal muss selbstverständlich werden. Über frei zugängliche Schnittstellen (APIs) sollen Start-Ups und kreative Unternehmen die Möglichkeit erhalten, eigene Anwendungen für Bürgerdienste zu entwickeln. Ein direkter Zugang zu den vernetzten Sensoren der Verwaltung im Stadtgebiet, wie z.B. zur Messung von Luftqualität oder Pegelständen, ist zukunftsweisend. Damit aus Smart City eine Smart Democracy wird.

Freie Software und offene Standards

Software, die für die öffentliche Verwaltung mit Steuergeldern erstellt wird, soll der Allgemeinheit unter einer freien Lizenz zur Verfügung gestellt werden. Der Einfluss von Software auf gutes Verwaltungshandeln wurde zu lange unterschätzt. Einst kurzfristig beschaffte geschlossene und proprietäre Software stellt für viele Berliner Verwaltungsebenen derzeit eine der größten Modernisierungsbremsen dar. Die fehlende Interoperabilität hemmt nicht nur den unverzerrten und sicheren Datenfluss, sondern schafft unnötige Abhängigkeitsverhältnisse von einzelnen Softwareunternehmen oder Betriebssystemen. Hier ist es höchste Zeit, durch einheitliche Vorgaben von Standards, Spezifikationen und freien Schnittstellen für einen fairen Wettbewerb zu sorgen, der den Bürger*innen zugutekommt. Nur wer den Quellcode von Software einsehen und ändern darf, ist in der Lage, sie zu kontrollieren, die Sicherheit zu gewährleisten und gemeinsam mit anderen nutzenden Institutionen weiterzuentwickeln. Künftige Software-Beschaffungen

müssen daher weitestgehend freie Lizenzen verwenden und diese in einem Vergabeverfahren stets bevorzugen. Beschaffte Software muss zudem über offene Standards und Schnittstellen kommunizieren. Der Senat soll für die von ihm verwendete Software Verwaltungskooperationen mit anderen sie nutzenden Städten und Institutionen anstreben. So organisiert aktuell auch die Stadtverwaltung Barcelona einen Umstieg auf freie Software.

Open Educational Resources

Berlin soll die Verwendung von Lern- und Lehrmaterialien unter offenen Lizenzen (Open Educational Resources, OER) fördern. Lehrkräfte in Schulen, Hochschulen und der Erwachsenenbildung sollen ermuntert werden, Unterrichtsinhalte gemeinsam zu erarbeiten und miteinander auszutauschen. Dazu sollen ihnen Freiräume für die gemeinsame Erarbeitung eingeräumt, Anreize für gelungene Inhalte gesetzt und umfangreichere Projekte mit einer finanziellen Prämie ausgelobt werden. Dabei generierte Lerninhalte sollen der Allgemeinheit über eine Kollaborationsplattform verfügbar gemacht werden. Im Bereich von Wissenschaft und Lehre soll zudem die Open-Access-Strategie zeitnah umgesetzt werden, um eine breite Teilhabe und Nutzung des verfügbaren Wissens zu garantieren.

Freies WLAN

Flächendeckendes WLAN in Berlin gehört zur modernen Daseinsfürsorge
Die Bürger*innen und Besucher*innen sollen kostenlos und ohne namentliche Registrierungspflicht Zugang zum Internet erhalten. Insbesondere an belebten Plätzen in den Außenbezirken besteht noch ein hoher Bedarf. Die WLANs aller öffentlichen Einrichtungen sollen zu einem Verbund mit einheitlichem Zugangsverfahren zusammengeschlossen werden. Der weltweit verfügbare Universitäts-Verbund „eduroam“, in dem sich alle Studierenden einloggen können, macht vor, wie praktisch das sein kann. Freifunk-Initiativen sollen in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit beim Aufbau privater freier WLANs unterstützt werden, insbesondere indem die Dächer öffentlicher Gebäude für Antennen genutzt werden dürfen, durch Anerkennung der Gemeinnützigkeit und durch Zuschüsse für Technik.